

Im Gespräch: Ottmar Edenhofer, Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung

„Der hohe Ölpreis erschwert den Klimaschutz“

Die Ölpreise sind nicht nur für Industrie und Verbraucher eine Herausforderung, auch in der Klimapolitik ändern sich die Koordinaten. Braucht es nun die Kernkraft für den Klimaschutz?

Die stark gestiegenen Ölpreise verbessern die Energieeffizienz, also werden die Emissionen sinken. Wie sehr erleichtert teure Energie die Klimapolitik?

Hier vertrete ich eine andere These. Ich behaupte, dass der hohe Ölpreis den Klimaschutz erheblich erschwert. Denn der wichtigste Effekt ist nicht höhere Energieeffizienz, sondern sind höhere Investitionen in die Exploration neuer Ölfelder sowie der verstärkte Einsatz von Kohle. Die Steigerung der Energieeffizienz ist demgegenüber quantitativ von geringerer Bedeutung. Insofern glaube ich, dass ein hoher Ölpreis die Klimapolitik stark unter Druck setzt und wir daher so schnell wie möglich einen globalen Kohlenstoff-Markt brauchen.

In der CDU gilt Kernenergie nun auch als Öko-Energie. Brauchen wir die Kernkraft länger, um den Umbau der Energieerzeugung zu ermöglichen?

Gegen die Verlängerung der Laufzeiten spricht nichts, wenn die dadurch entstehenden Gewinne zur Förderung alternativer Energien eingesetzt werden. Die Hoffnung ist indes absurd, dass wir das Klimaproblem hauptsächlich mit der Kernkraft lösen können. Der Anteil der Atomkraft am Strom-Mix wird weiter sinken, weil es unrealistisch ist, dass in den nächsten 20 Jahren mehrere hundert neue Kraftwerke weltweit gebaut werden. Dies wäre aber nötig, um nur den Anteil konstant zu halten. Daher müssen auch andere Techniken gefördert werden: Energieeffizienz, Kohle mit CO₂-Abscheidung, erneuerbare Energie und ein maßvoller Ausbau der Biomasse-Nutzung. Mit längeren Laufzeiten würde diese Transformation erleichtert.

Das ökonomische Kernproblem der ökologischen Aufgabe Klimaschutz ist



Die Deutschen sind Vorreiter im Klimaschutz, nun wollen sie es auch in der Wissenschaft sein. An der Technischen Universität Berlin entsteht der erste Lehrstuhl der Welt für die „Ökonomie des Klimawandels“. Er wurde ermöglicht durch eine finanzielle Zuwendung der Michael-Otto-Stiftung für Umweltschutz. Erster Inhaber des Lehrstuhls wird Ottmar Edenhofer.

Foto: ups

es, Kohlendioxid-Vermeidung möglichst kosteneffizient zu machen. Was ist da besser: Öko-Steuern oder Emissionshandel?

Der Emissionshandel hat den Vorteil, dass man die Menge der Emissionen begrenzen kann. Der Preis für CO₂ bildet sich dann auf dem Markt. Das Risiko gefährlichen Klimawandels ist so groß, dass eine direkte Kontrolle der CO₂-Menge notwendig ist. Mit Hilfe der CO₂-Steuer ließe sich die Menge nicht direkt kontrollieren. Es ist dann durchaus denkbar, dass wir hohe CO₂-Preise haben, aber die Emissionen dennoch steigen. Das kann niemand wünschen.

Von 2013 an sollen Emissionszertifikate in der EU komplett versteigert werden. Bei Stromerzeugern ist die Kanzlerin einverstanden, doch energieintensive Industrien (Stahl, Aluminium, Zement) möchte sie ausnehmen. Sind Sie auch für solche Ausnahmen, solange es keinen globalen Emissionshandel gibt?

Das würde ich unterstützen, denn diese Industrien sind besonders empfind-

lich gegenüber hohen CO₂-Preisen, und da entstehen möglicherweise Verzerrungen im Wettbewerb.

Sie haben in einer Studie für Außenminister Frank-Walter Steinmeier dargestellt, dass ein globaler Emissionshandel möglich ist, der CO₂ einen einheitlichen Preis verschaffen und damit Öko-Dumping verhindern würde. Brauchte eine solche Börse aber nicht eine globale Clearingstelle? Und gäbe es da nicht ein endloses Gezerre zwischen EU, Amerika und China?

Bei solchen internationalen Abkommen gibt es immer ein großes Gezerre. Die Vorteile eines transatlantischen Kohlenstoff-Marktes sind so überragend, dass man sich auf eine Clearingstelle einigen dürfte. Das wäre dann auch der Nukleus für eine spätere Klima-Zentralbank – das ist das Fernziel. Als Nahziel sollten das europäische und das amerikanische Emissionshandelssystem miteinander verzahnt werden. Das wäre beflügelnd für alle weiteren Verhandlungen zur Schaffung eines Nachfolgers für das Kyoto-Protokoll. Dieser Schritt hätte zudem eine große Signalwirkung für China und Indien.

Umweltökonomie ist in der Volkswirtschaft ein etabliertes Fachgebiet, das auch Klimaschutz abdeckt. Warum brauchen Sie nun einen Lehrstuhl zur Ökonomie des Klimawandels?

Die klassische Umweltökonomie beschäftigt sich im Wesentlichen mit lokalen Problemen. Die Schäden des Klimawandels sind jedoch groß und von globaler Natur. Da reicht die traditionelle Kosten-Nutzen-Analyse nicht aus. Ferner ist technischer Fortschritt von enormer Bedeutung. Auch das hat die Umweltökonomie bisher kaum behandelt, weil sie zu sehr von statischer Effizienz ausgeht. Schließlich der Risikoaspekt: Wie geht man um mit Ereignissen, die eine geringe Wahrscheinlichkeit, aber dramatische Folgen haben? Da brauchen wir neue Formen der Risikoanalyse. Und zuletzt: Wir haben immer gedacht, Klimaschutz bestehe aus einem einzigen Kollektivgut-Problem. Nun sehen wir, dass zu seiner Lösung gleich mehrere, sich überlagernde Kollektivgut-Probleme bestehen. All dies erfordert neue Konzepte und Methoden.

Die Fragen stellte Konrad Mrosek.